



Editorial

Als zehn mittel- und osteuropäische Länder der EU beitraten, verpflichteten sie sich, auch auf einen Beitritt zur Währungsunion hinzuwirken. Im Allgemeinen stieß dieses Vorhaben auf breite Unterstützung in der Bevölkerung. In einigen EU-Kandidatenländern war sogar noch vor dem EU-Beitritt eine einseitige Übernahme des Euro in Erwägung gezogen worden. Die Stimmung hat sich jedoch nach dem Ausbruch der Finanzkrise und mit den Schwierigkeiten, in die die Währungsunion geraten ist, verschlechtert. Die Unterstützung der Bevölkerung für eine schnellstmögliche Euro-Einführung bröckelt, einige Regierungen haben sie von ihrer Prioritätenliste gestrichen, und in den Forschungsinstitutionen der Länder mehren sich die Studien, die die Vorteile einer eigenen Währung bei der Bekämpfung externer Schocks herausstellen. In der Tat fällt auf, dass die vier Länder mit nach wie vor frei schwankenden Wechselkursen sowie größeren wirtschaftspolitischen Spielräumen – Polen, Tschechien, Ungarn und Rumänien – die Schocks der Finanzkrise und die Folgen der globalen Rezession der Jahre 2008 und 2009 besser abgewehrt haben als jene Länder, die ihre Währungen eng an den Euro gebunden oder diesen bereits übernommen haben (Slowenien, die Slowakei und Estland).

Hinter den wachsenden Zweifeln an einer schnellen Euro-Übernahme stehen zwei gesellschaftliche Grundströmungen. Die erste ist die nationalkonservative Strömung, die notwendige Reformen von Institutionen und Strukturen verhindern will. Häufig stützt sie sich auf ärmere und ländliche Bevölkerungsschichten, die eine zweite Transformation mit ähnlichen Einkommensverlusten wie in der ersten der frühen 1990er Jahre befürchten. Ihr populäres Hauptargument richtet sich gegen die Aufgabe nationaler Souveränität und gegen die Übernahme von Krisenlasten anderer Euro-Mitgliedstaaten. Die zweite Grundströmung ist zwar pro-europäisch ausgerichtet, beharrt aber auf einer unabhängigen Geld- und Fiskalpolitik, solange die Währungsunion ihre eigenen Probleme nicht überwunden hat. Auf der politischen Ebene drückt sich diese Haltung in der Verschiebung der geplanten Termine einer Euro-Übernahme aus.

Doch der ausschließliche Blick der Pro-Europäer auf extern gesetzte Rahmenbedingungen ist nicht zielführend. Die Maastricht-Kriterien haben sich als schlechter Wegweiser erwiesen. Ihre einmalige Erfüllung garantiert keine spätere Einhaltung unter dem Eindruck externer Schocks. Die pro-europäischen Regierungen sollten sich darauf konzentrieren, ein eigenes glaubwürdiges Programm für die Realisierung von Bedingungen der Euro-Übernahme zu entwickeln, zu kommunizieren und umzusetzen, statt Zeitpunkte für die Euro-Übernahme bekanntzugeben. Notwendig sind deshalb Programme, welche die Länder nicht nur monetär, sondern auch realwirtschaftlich widerstandsfähig gegenüber regionalen Krisen in der EU machen und ihr Wirtschaftswachstum stabilisieren, ohne es auf die niedrigeren Raten der Kernzone zu drücken. Wenn diese Bedingungen gegeben sind, dürfte auch ein etwaiger Verlust an geld- und fiskalpolitischer Souveränität weniger schmerzen.

Hubert Gabrisch